



Michael Zürn

Einführung

In:

Veränderungen der Kommunikation in der Gesellschaft und politische Konsequenzen :
Streitgespräch in der Wissenschaftlichen Sitzung der Versammlung der
Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 29. Juni 2018 und
thematisch ergänzende Vorträge vom 30. November 2018

ISBN: 978-3-939818-86-1

Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 2019

S. 7 - 9

(Debatte ; 20)

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-32983](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-32983)



Michael Zürn

Einführung

Das Thema unserer Wissenschaftlichen Sitzung lautet „Veränderungen der Kommunikation in der Gesellschaft und politische Konsequenzen“. Es geht um die Frage, ob und inwieweit die fortschreitende Digitalisierung unsere politischen Systeme und Prozesse verändert oder gar revolutioniert.

Warum behandeln wir das Thema erst heute? Wir sind schließlich schon lange auf dem Weg der Digitalisierung. Als ich 1983, vor nunmehr 35 Jahren, als Austauschstudent in den USA war, bekam ich zum ersten Mal einen PC zu sehen. Ich war hellauf begeistert und völlig fasziniert von diesen Geräten. Als ich an den Lehrstuhl zurückkam, an dem ich als wissenschaftliche Hilfskraft fungierte, habe ich versucht, alle davon zu überzeugen, sofort Computer anzuschaffen. Doch das dauerte dann noch ein paar Jahre. Zehn Jahre später, 1993, ich war gerade wieder in den USA, schaute ich mir zum ersten Mal mit Kollegen die erste Version des World Wide Webs an. Wir ärgerten uns schrecklich darüber, wie langsam es war und zweifelten an dessen Zukunftsfähigkeit (so sehr kann man daneben liegen). Wiederum zehn Jahre später wurde Facebook gegründet, weitere drei Jahre später Twitter, und 2007 kam das erste iPhone auf den Markt.

Zum ersten Mal sichtbar politisch relevant wurde die Digitalisierung der Kommunikation bei der Wahl von Barack Obama. Es wurde damals überall darauf hingewiesen, mit welchem Geschick seine Unterstützer insbesondere Facebook eingesetzt hatten. Das war im Jahre 2008. Damals ging noch ein hohes Maß an Optimismus mit der Digitalisierung einher, man dachte, dass sich dadurch die Demokratie kommunikativ viel dichter und besser gestalten ließe. Im Jahre 2016 kamen die Stichworte Fake News, Post-Truth, Echokammern, Entmachtung der Qualitätsmedien, „permanente Selbstverstärkung rechtspopulistischer Themen“ auf und spätestens damit ist der anfängliche Optimismus einem Skeptizismus gewichen. In dieser Situation befinden wir uns jetzt. Deswegen müssen wir uns dringend mit dem Einfluss der Digitalisierung auf das politische System beschäftigen. Was genau soll unter Digitalisierung verstanden werden? Was verursacht die Sorgen? Bei der Digitalisie-

rung geht es zunächst um das Umwandeln von analogen Werten in digitale Formate. Damit verbinden sich drei entscheidende Merkmale: Erstens lässt sich alles unendlich häufig vervielfältigen. Zweitens tendieren die Kosten für die Speicherung und die Durchsuchung dieser Daten gegen null. Und drittens lassen sie sich algorithmisch verarbeiten. Aus diesen drei Grundmerkmalen der digitalen Formate ergibt sich ihr zentrales Merkmal: „Alles geht schneller, besser, billiger und in größerem Umfang“. Darüber hinaus ergeben sich auch ganz neuartige Formen der sozialen Interaktion, die gar nichts mit dem Schneller, Höher, Weiter zu tun haben, sondern wirklich neuartig sind. Dazu dürfte etwa Facebook gehören.

Was können diese Grundmerkmale der Digitalisierung potenziell in der Politik bewirken? Welche Veränderungen von politischen Systemen könnten sich daraus ergeben? Ich möchte vier Themenbereiche identifizieren, die wir dieses Mal diskutieren und bei unserer nächsten Wissenschaftlichen Sitzung mit Vorträgen ergänzen und vertiefen wollen.

Erstens: Die Fragmentierung eines Konzepts, das in der politischen Theorie und der Politikwissenschaft immer als einheitlich gedacht worden ist. Das Konzept heißt Öffentlichkeit. Die Fragmentierung dieser Öffentlichkeit ist ein Prozess, der Polarisierung in der Gesellschaft ermöglicht, wahrscheinlicher macht und gesellschaftsübergreifende Verständigungsprozesse zumindest erschwert. Aber ohne Öffentlichkeit kann es keine Demokratie geben.

Zweitens: Die Auflösung der Privatsphäre durch den gläsernen Bürger. Man denke nur an die Nutzung digitaler Profile, wie sie sich zurzeit in China entwickeln. China ist lange Zeit als ein autoritärer Staat verstanden worden, der erhebliche Prozesse der Liberalisierung durchschritten hat. Inzwischen stellt sich die Frage: Ist dieser Staat auf dem Weg zu einem neuen, digital gestützten Totalitarismus? Jedenfalls kann es ohne Privatsphäre keine Demokratie geben.

Drittens: Die Schaffung von monopolartigen Großunternehmen. Diese hat es immer gegeben. Im digitalen Zeitalter beruht die dominante Stellung auf dem Markt zu einem nicht unerheblichen Maße auf Netzwerkeffekten. Das ist anders als im industriellen Zeitalter. Als Ford oder General Motors ihre Qualitätsvorrangstellung verloren, ist auch ihre dominante Stellung auf dem Markt zurückgegangen. Im digitalen Zeitalter geht das nicht so schnell. Ohne Zweifel konnte Windows zumindest eine Zeit lang qualitativ nicht mit iOS mithalten. Nichtsdestotrotz blieb Windows ein Quasi-Monopol. Sind solche Unternehmen überhaupt noch politisch kontrollierbar? Google und Amazon

befinden sich in einer ähnlichen Stellung, allerdings mit Blick auf gesellschaftlich noch viel bedeutendere Angebote. Ohne die staatliche und öffentliche Kontrolle von solchen Unternehmen können wir nicht von Demokratie sprechen.

Viertens: Die künstliche Intelligenz sorgt dafür, dass das Konzept der individuellen Verantwortlichkeit und damit auch die Möglichkeit von Moral und Ethik infrage gestellt werden. Aber ohne Ethik und ohne individuelle Verantwortlichkeit lässt sich Demokratie kaum denken.

Diese vier Bereiche werden zu der Thematik „Digitale Kommunikation und Veränderung des politischen Systems“ aktuell diskutiert. Wir wollen sie aufgreifen und aus der interdisziplinären Perspektive der Wissenschaften, die sich vorrangig mit Demokratie beschäftigen, betrachten.

Für die Diskussion haben wir drei herausragende Persönlichkeiten: Lisa Herzog ist Inhaberin der Professur für Politische Philosophie und Theorie an der Technischen Universität München. Sie arbeitet an der Schnittstelle von politischer Philosophie und Ökonomie. Lisa Herzog ist derzeit Fellow am Wissenschaftskolleg in Berlin und war davor im Rahmen des Exzellenzclusters „Normative Orders“ in Frankfurt tätig. Wolfgang Merkel ist Direktor der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum in Berlin sowie Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Der Demokratieforscher ist Ordentliches Mitglied der Akademie. Barbara Pfetsch lehrt an der Freien Universität Berlin, war zuvor an der Universität Hohenheim und auch am Wissenschaftszentrum in Berlin. Die Forschungsschwerpunkte von Barbara Pfetsch liegen im Bereich der politischen Kommunikation und der international vergleichenden Kommunikationsforschung. Wir haben damit auf unser Thema die disziplinären Zugriffe über die politische Philosophie, die Demokratieforschung und die Kommunikationsforschung. Ich freue mich auf eine spannende und gute Diskussion und übergebe das Wort an Barbara Pfetsch. Dankeschön.